

Antrag

der Abgeordneten Torsten Herbst, Daniela Kluckert, Bernd Reuther, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg, Mario Brandenburg, Bijan Djir-Sarai, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas Kemmerich, Pascal Kober, Carina Konrad, Dr. Lukas Köhler, Konstantin Kuhle, Oliver Luksic, Dr. Jürgen Martens, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Christian Sauter, Frank Schäffler, Judith Skudelny, Benjamin Strasser, Gerald Ullrich, Johannes Vogel, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Dauerhafte Senkung des Mindestalters zum Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse AM auf 15 Jahre

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Viele ländliche Regionen in Deutschland sind heute aufgrund einer Unterversorgung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf alternative Mobilitätsangebote angewiesen. Lange Taktzeiten und ein dünnes Streckennetz erschweren insbesondere vielen Jugendlichen die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Um diesem Problem Abhilfe zu schaffen, hat die Bundesregierung mit der dritten Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Fahrerlaubnis-Verordnung mit Wirkung vom 1. Mai 2013 die Grundlage für einen Modellversuch "Moped mit 15" geschaffen. Der zunächst bis April 2018 befristete Modellversuch ermöglicht es, dass interessierte Bundesländer das Mindestalter für die Fahrerlaubnis der Klasse AM (Kleinkraftträder, Mopeds und vier-rädrige Leichtkraftfahrzeuge (bis 45 km/h)) auf 15 Jahre senken. Die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bieten auf dieser Grundlage seit 2013 die Möglichkeit den Moped-Führerschein schon ab dem 15. Lebensjahr zu erwerben. Später kamen auch Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hinzu. Begleitet wird der Modellversuch durch wissenschaftliche Studien zur Verkehrssicherheit und zum Mobilitätsverhalten der teilnehmenden Jugendlichen.

Im Februar 2018 hat das zuständige Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) eine erneut auf zwei Jahre befristete Verlängerung des Modellprojekts bekanntgegeben. Die projektbegleitenden Studien wurden jedoch noch nicht veröffentlicht. Von Seiten des BMVI hieß es dazu, dass diese „keine eindeutigen Ergebnisse erbracht“ hätten. Aus den teilnehmenden Bundesländern ist hingegen bekannt, dass keine Erkenntnisse über einen signifikanten Anstieg der Unfallzahlen vorliegen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. umgehend die projektbegleitenden Studien zur Verkehrssicherheit und zum Mobilitätsverhalten zu finalisieren und zu veröffentlichen;
2. die bisherige Ausnahme von den Vorschriften der Fahrerlaubnis-Verordnung umgehend in eine dauerhafte rechtliche Lösung zu überführen und damit den Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse AM ab 15 Jahren deutschlandweit zu ermöglichen, sollten keine signifikanten negativen Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit zu befürchten sein.

Berlin, den 17.04.2018

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.